

standen nach internen Unterlagen enge Geschäftskontakte zwischen Telekom und politikscreen. Unter anderem bestellte sie im August 2006 bei politikscreen „Content“: Interviews mit führenden Wirtschaftspolitikern, Sportlerporträts und „Kurzporträts streitbarer Politiker“ für 200 000 Euro.

War politikscreen so großzügig beim Sponsoring der FDP-Veranstaltungen, um seinem Großkunden etwas Gutes zu tun? Und hat Westerwelle im Gegenzug dem freigiebigen FDP-Sponsor politikscreen mit seinen Forderungen zum Telekommunikationsmarkt einen Gefallen tun wollen? Ein Sprecher der FDP hält solche Unterstellungen für „abwegig“. Dagegen spreche, dass die FDP-Bundestagsfraktion gegen die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes gestimmt habe.

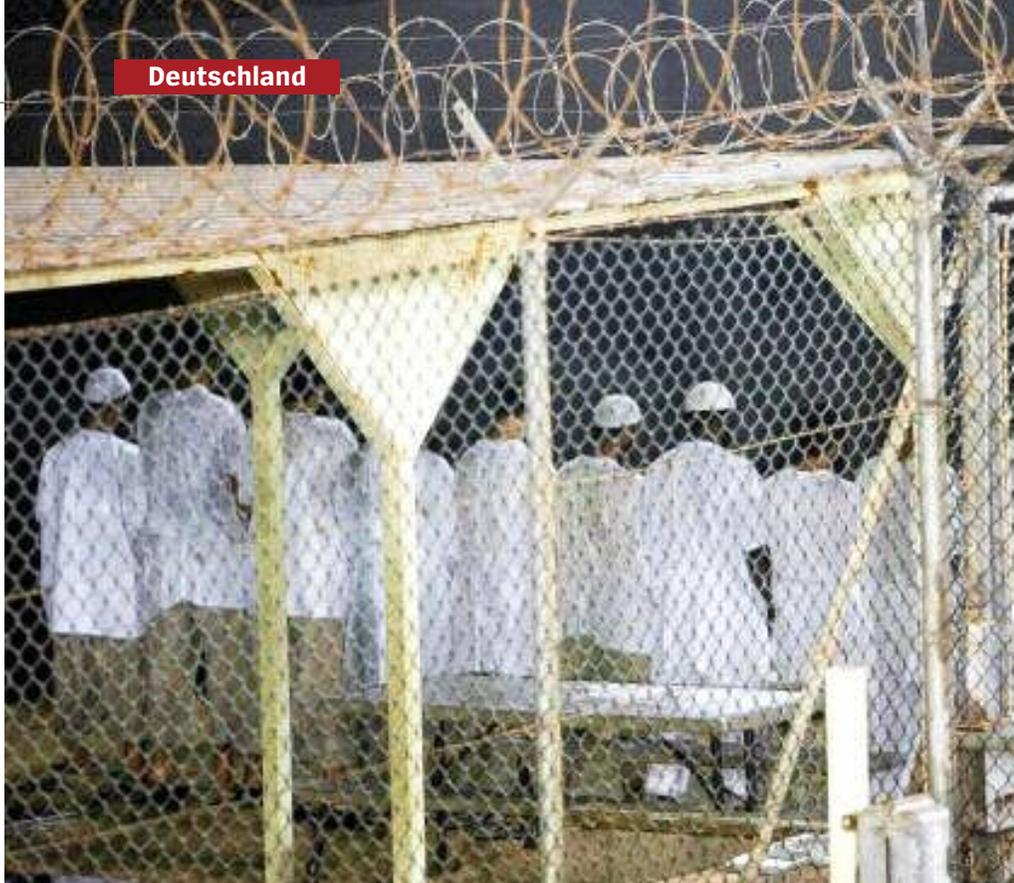
Die politikscreen.de AG, die heute unter dem Namen PMI Portal AG firmiert, wollte sich auf Fragen des SPIEGEL nicht konkret äußern. Generell weist die Firma alle Vorwürfe zurück. Geschäftliche Belange und redaktionelle Inhalte seien stets sorgfältig getrennt worden.

Alleinaktionär der politikscreen war 2006 die Eutop Group GmbH, später umbenannt in First Holding GmbH. Deren Geschäftsführer ist ein schillernder Lobbyist: Klemens Joos aus München. Im Aufsichtsrat saß zeitweise der ehemalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye (SPD). Ein Tochterunternehmen organisierte unter anderem Politikervorträge. Zu den Rednern zählten die ehemaligen Bundesminister Eduard Oswald (CSU) und Walter Riester (SPD), der Grüne Fritz Kuhn – und Guido Westerwelle. Dem Bundestag meldete der FDP-Chef für mehrere Vorträge 2006 und 2007 Einnahmen von mehr als 14 000 Euro.

2008 rückte die Internetseite politikscreen, die im Jahr zuvor in Polixea Portal umbenannt worden war, näher an die FDP heran. Dabei spielten zwei alte Freunde von Westerwelle eine tragende Rolle. Mountain Super Angel, eine AG, die sein alter Spezi Cornelius Boersch gegründet hatte, investierte in Polixea. Und der damalige Mountain-Geschäftsführer und frühere Westerwelle-Assistent Jörg Arntz führte fortan die dazugehörige Polixea Deutschland GmbH.

Im September 2008 versuchte Arntz dann Bekannte und Geschäftspartner als Unterstützer für den „FDP-Internetwahlkampf“ zu mobilisieren. Arntz selbst ließ die Frage unbeantwortet, ob er mit dem Polixea-Portal Westerwelles Wahlkampf publizistisch flankieren wollen. Nach der Bundestagswahl 2009 rückte Arntz in Westerwelles Ministerium ein. Heute sind die ursprünglichen Polixea-Seiten nicht mehr aufrufbar, die Domain steht zum Verkauf.

JÜRGEN DAHLKAMP, DINAH DECKSTEIN,
UDO LUDWIG, SVEN RÖBEL



US-Militärgefängnis Guantanamo: Deutschland sucht den Supergefangenen

DIPLOMATIE

Casting in der Karibik

Die Bundesrepublik wird wohl doch Guantanamo-Gefangene aufnehmen, eine deutsche Delegation hat bereits Häftlinge befragt. Die Entscheidung markiert einen deutlichen Kurswechsel.

Als Mohammed Tahamuttan in Guantanamo gefragt wird, wie er zu den Vereinigten Staaten von Amerika steht, antwortet er mit einer Gegenfrage: „Was wollt ihr Amerikaner mit mir machen, nachdem ich vier Jahre keine Probleme bereitet habe? Wenn ich irgendetwas Anstößiges von mir gegeben haben sollte, dann liegt es an der belastenden Situation in diesem Gefängnis. Ich habe nichts gegen Amerikaner.“

Das war Ende 2005, und seitdem ist nicht viel passiert im Leben des Mohammed Tahamuttan, außer dass er vier weitere Jahre hinter Gittern verloren hat.

Vergangene Woche durfte der Palästinenser seine Leidensgeschichte ein weiteres Mal präsentieren – diesmal vor deutschen Regierungsbeamten. Bei Außentemperaturen um die 30 Grad im Schatten saß eine aus Berlin angereiste Delegation aus Vertretern des Innenministeriums, des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Migration in einem der Verhörcontainer und lauschte den Berichten von Tahamuttan und mehreren anderen Gefangenen. Die Ministerialbeamten wollten sich ein Bild von der Gefährlichkeit mög-

licher Aufnahmekandidaten machen. Der Kennenlerntermin in der Karibik hatte etwas von einer Castingshow: Deutschland sucht den Supergefangenen.

Die Bewerbungsgespräche sind der vorerst letzte Akt monatelanger Geheimverhandlungen zwischen Berlin und Washington, die am Ende auf einen diplomatischen Deal hinauslaufen sollen. Die Bundesrepublik wird wohl noch dieses Frühjahr einige der etwa 190 Gefangenen aufnehmen, die noch in dem berüchtigtsten Gefängnis der Welt festgehalten werden. Für den amerikanischen Präsidenten Barack Obama, der nach seinem Amtsantritt im Januar 2009 selbstbewusst angekündigt hatte, das Lager binnen eines Jahres zu schließen, wäre das ein kleiner Erfolg und für die Bundesregierung eine außenpolitische Geste des guten Willens. Für Gefangene wie Mohammed Tahamuttan wäre es das Ende eines Martyriums.

Die bevorstehende Entscheidung, die eng zwischen Innenminister Thomas de Maizière (CDU), Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und dem Kanzleramt abgestimmt ist, bedeutet eine Kurskorrektur der deutschen Innenpolitik. In der



BRENNAN LINSLEY / AP

Großen Koalition galt das Primat der Sicherheit. Der Schutz Deutschlands war wichtiger als die Pflege des transatlantischen Verhältnisses und die Freiheit einzelner Häftlinge. Als der amerikanische Justizminister Eric Holder im Frühjahr vergangenen Jahres bei einem Besuch in Berlin erklärte, alle Staaten müssten „Opfer bringen, um Guantanamo zu schließen“, und Europa bat, „einem seiner ältesten Alliierten“ zu helfen, ließ ihn de Maizières Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble auflaufen. Schäuble fragte schnippisch, ob die in Frage kommenden Häftlinge künftig auch Urlaub in den USA machen dürften, wenn sie so unbescholten seien.

Sein Staatssekretär August Hanning goss die deutsche Skepsis gar in vier offizielle Vorbehalte. Es müsse geklärt werden, ob von den Gefangenen noch Gefahr ausgehe, warum sie nicht in die USA könnten, warum es keine anderen Länder gebe, die sie aufnehmen würden, und warum sie ausgerechnet nach Deutschland sollten, obwohl es keinerlei Bindungen in die Bundesrepublik gebe (SPIEGEL 20/2009). Die Fragen waren so formuliert, dass die Amerikaner sie nicht beantworten konnten. Die Sache schien vom Tisch.

In einem Gespräch mit Holder in Rom ergänzte Schäuble die offizielle Position allerdings um einen wichtigen Punkt, mit der Bitte um Diskretion: Bis zur Bundestagswahl werde sich an der Haltung nichts ändern, danach müsse man sehen.

Die veränderte politische Konstellation in Berlin kommt den Amerikanern nun zupass. Seit der Wahl gilt das Primat des

Pragmatischen: Im Zweifel wird die Bundesregierung Gefangene aufnehmen, wenn es den außenpolitischen Interessen dient. De Maizière, aus dem Kanzleramt ins Innenministerium gewechselt, ist bemüht, das Scharfmacherimage seines Vorgängers weichzuzeichnen. Er will sich nicht als Sicherheitsminister präsentieren und hat sich vorgenommen, den islamistischen Terrorismus und schärfere Gesetze nur dann anzusprechen, wenn es nicht anders geht. Reformen von Schäuble hat er auf Eis gelegt; seine erste Amtshandlung war die Versetzung Hannings in den Ruhestand. Jetzt profiliert sich das Innenministerium mit Themen wie dem Internet.

Die kühle Art, in der Schäuble die Amerikaner ausbremste, fand de Maizière falsch, aber öffentlich schwieg er. Was er über Guantanamo dachte, konnte man allenfalls erahnen, als er vor dem BND-Untersuchungsausschuss mit Blick auf die Rückkehr des Bremer Häftlings Murat Kurnaz aussagte, man habe eine „Abwägungsentscheidung getroffen, bei der die humanitären den Sicherheitsinteressen vorgehen“.

der Wunschliste aus Washington standen neun Namen, darunter der von Mohammed Tahamuttan.

Der Häftling mit der Nummer 684 gehört zu jener Gruppe Gefangener, die eher zufällig zwischen die Fronten von Amerikas „Krieg gegen den Terror“ geraten sind. Tahamuttan stammt aus Palästina, er ist in der West Bank aufgewachsen und hatte bald genug von Intifada, Krieg und miserablen Lebensbedingungen. Im Oktober 2001 verließ er laut US-Akten seine Heimat und flog von Jordanien nach Pakistan. Tahamuttan wollte ein religiöser Mensch sein. Seit er 14 Jahre alt ist, verehrt er die konservative Predigervereinigung Tabligh-i-Jamaat. Die Tablighis verschafften ihm ein Visum und eine Unterkunft in einer Religionsschule in Raiwind. Vier Monate studierte der Palästinenser den Koran, ehe er nach Lahore weiterzog, nach Quetta und schließlich Faisalabad. Er lernte ein paar arabische Studenten kennen, falsche Freunde, wie sich alsbald herausstellte: eines Nachts traten amerikanische Soldaten die Tür ein und nahmen die gesamte Gruppe fest. Es war die



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF

Innenpolitiker Schäuble, de Maizière: *Das Scharfmacherimage weichzeichnen*

Mit seinem neuen Kurs liegt der Innenminister auf einer Linie mit der Kanzlerin, die sich intern mehrfach über Schäuble beklagte. Mit de Maizière ist auch ein Teil von Merkels Politikstil in das Innenministerium eingezogen. Sie hatte Obama im Falle einer Schließung des Militärgefängnisses ihre Unterstützung versichert: Wenn Deutschland könne, „werden wir helfen“. Merkel wollte ein Zeichen nach Washington senden, aber offiziell zuständig waren Schäuble und Hanning.

Die Amerikaner warteten noch, bis beide ihre Schreibtische geräumt hatten, dann, im Dezember, starteten sie einen zweiten Anlauf. Der Sonderbeauftragte der US-Regierung, Daniel Fried, flog nach Berlin und übergab eine neue, aktualisierte Liste von Häftlingen, die Deutschland aufnehmen könnte. Auf

Nacht, als mit Abu Subaida ein hochrangiger Qaida-Kommandeur gefasst wurde, bei dem Haus soll es sich um einen konspirativen Unterschlupf von Abu Subaidas Leuten gehandelt haben, das behaupteten jedenfalls die Amerikaner. Im März 2002 wurde Tahamuttan nach Guantanamo ausgeflogen.

Mohammed Tahamuttan ist jetzt 30 Jahre alt und schon seit geraumer Zeit zur Entlassung vorgesehen, er könnte nach Hause gehen, wenn er ein Zuhause hätte, wo er willkommen wäre. Weil er aber ein Palästinenser ohne Staatsangehörigkeit ist und nicht zurückmöchte, findet sich kein Land, das ihn nehmen würde, vielleicht wird nun Deutschland seine neue Heimat.

Offiziell will sich Fried zum Stand der Verhandlungen nicht äußern, aber in Washington gelten die Gespräche mit den

Deutschen als besonders langwierig. Zehn europäische Länder haben mittlerweile Häftlinge aufgenommen, darunter Frankreich, Spanien und die Schweiz. Von den neun Namen, die der US-Beauftragte Ende vergangenen Jahres in Berlin hinterlegte, kann die Bundesregierung mehrere von der Liste streichen; sie haben inzwischen anderswo in Europa ein Refugium gefunden, zuletzt zwei von ihnen in Albanien. Zu den verbleibenden Kandidaten gehört neben Tahamuttan auch Ahmed Mohammed al-Shurfa, 34, den die deutsche Delegation vergangene Woche ebenfalls zum Gespräch traf und dessen schillernde Biografie zeigt, wie schwierig eine Gefahrenprognose ist.

Der Jordanier soll als Student im Gaza-Streifen von der Hamas beeinflusst worden sein. Ein saudischer Scheich begeisterte ihn angeblich für den Dschihad,

derungslager Faruk als Ziel gehabt haben. Aber selbst wenn das wahr sein sollte: Dazu kam es nicht. Al-Ali wurde krank, ließ sich in einem Krankenhaus in Kabul behandeln und wurde festgenommen, als die US-Armee einmarschierte.

Der 35-Jährige ist ein weiterer Kandidat für Deutschland. Seine Akte ist dünn, die Amerikaner haben eher Gerüchte als Indizien zusammengetragen. Er soll im Oktober 2001 nach Afghanistan gereist sein, nachdem er sich in einem Basar in Kuwait Dschihad-Videos besorgt habe. Augenzeugen wollen ihn einmal in Taliban-Kleidung mit einer Kalaschnikow im Arm gesehen haben. Als Kabul fiel, habe er angeblich in einem Taxi zu flüchten versucht, sei ausgeraubt und auf der US-Militärbasis Bagram inhaftiert worden, ehe man ihn nach Guantanamo verlegte. Dort befragte ihn

Leutheusser-Schnarrenberger ist mittlerweile Justizministerin, ihr Haus steht einer Aufnahme wohlwollend gegenüber. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hat intern bereits Zustimmung signalisiert, das Auswärtige Amt wird wohl die Entscheidung des Innenministeriums mittragen. Die Diplomaten hatten vor allem bei zwei ebenfalls angebotenen Uiguren Bedenken, wegen absehbarer Verstimmung mit der chinesischen Regierung.

Widerworte muss de Maizière vor allem aus der eigenen Partei und von den Landesinnenministern fürchten, die er für die Unterbringung braucht. Neben einer individuellen Risikoprognose müssten die Amerikaner „auch die Frage beantworten, warum sie die jeweiligen Gefangenen nicht selber nehmen“, fordert der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU). Im Ergebnis sehe

> Das comdirect Girokonto mit Zufriedenheitsgarantie¹:



Garantiert kostenlos. Ohne Wenn und Aber!

- Kostenlose Kontoführung
- Kostenlose ec-/Maestro- und VISA-Karte
- Kostenlos weltweit Bargeld abheben²
- Kostenloses Tagesgeld PLUS-Konto inklusive – mit attraktiven Zinsen



¹ Details unter www.comdirect.de/zufriedenheitsgarantie ² Im Ausland an Geldautomaten mit der VISA-Karte, im Inland mit der ec-/Maestro-Karte an über 7.000 Automaten der Cash Group ³ Standard-SMS ohne weitere Kosten. ⁴ 0,09 Euro/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunkpreis max. 0,42 Euro/Min.

www.comdirect.de
Infos unter 01803 - 44 45⁴
oder SMS mit GIROZ an 72626³

comdirect
Ihr Geld kann mehr

drückte ihm eine entsprechende Aufforderung und 2000 saudische Rial in die Hand und schickte ihn nach Afghanistan, so steht es zumindest in amerikanischen Militärunterlagen. Das war im Sommer 2001.

Er reiste demnach nach Kandahar, weiter nach Khost und landete schließlich im Camp Faruk, wo vorwiegend ausländische Freiwillige für al-Qaida trainiert wurden. Al-Shurfa legt Wert auf die Feststellung, dass er über den Dschihad nur geredet habe, ohne aktiv zu werden. Seinen Vernehmern berichtete er, dass er die Übungen nicht absolviert habe, weil er sich mit dem Ausbilder zerstritt; er habe allerdings „an einer Kalaschnikow trainiert“. Bis heute ist nicht klar, was in den Unterlagen davon stimmt und was nicht.

Wie al-Shurfa soll auch ein Syrer namens Mahmud Salim al-Ali das Ausbil-

derungslager Faruk als Ziel gehabt haben. Aber selbst wenn das wahr sein sollte: Dazu kam es nicht. Al-Ali wurde krank, ließ sich in einem Krankenhaus in Kabul behandeln und wurde festgenommen, als die US-Armee einmarschierte.

Der 35-Jährige ist ein weiterer Kandidat für Deutschland. Seine Akte ist dünn, die Amerikaner haben eher Gerüchte als Indizien zusammengetragen. Er soll im Oktober 2001 nach Afghanistan gereist sein, nachdem er sich in einem Basar in Kuwait Dschihad-Videos besorgt habe. Augenzeugen wollen ihn einmal in Taliban-Kleidung mit einer Kalaschnikow im Arm gesehen haben. Als Kabul fiel, habe er angeblich in einem Taxi zu flüchten versucht, sei ausgeraubt und auf der US-Militärbasis Bagram inhaftiert worden, ehe man ihn nach Guantanamo verlegte. Dort befragte ihn

Leutheusser-Schnarrenberger ist mittlerweile Justizministerin, ihr Haus steht einer Aufnahme wohlwollend gegenüber. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hat intern bereits Zustimmung signalisiert, das Auswärtige Amt wird wohl die Entscheidung des Innenministeriums mittragen. Die Diplomaten hatten vor allem bei zwei ebenfalls angebotenen Uiguren Bedenken, wegen absehbarer Verstimmung mit der chinesischen Regierung.

Widerworte muss de Maizière vor allem aus der eigenen Partei und von den Landesinnenministern fürchten, die er für die Unterbringung braucht. Neben einer individuellen Risikoprognose müssten die Amerikaner „auch die Frage beantworten, warum sie die jeweiligen Gefangenen nicht selber nehmen“, fordert der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU). Im Ergebnis sehe

er „eher keine Aufnahme“. Die Innenminister der Länder warnen ebenfalls vor einer freizügigen Linie. Sie verweisen auf die Statistik des Pentagons, wonach sich mehr als zehn Prozent der bisher Entlassenen al-Qaida angeschlossen haben. Für die im föderalen System zuständigen Landespolitiker sind die möglichen neuen Einwohner ein Sicherheitsproblem, das die Ressourcen des Überwachungsapparates bindet. Die Politiker haben die Fotos von Menschen in orangefarbenen Overalls vor Augen.

Vielleicht sind die Sorgen auch übertrieben, wahrscheinlich haben die Häftlinge ganz andere, praktische Probleme. Mahmud Salim al-Ali hat erzählt, dass er sich eine neue Frau suchen möchte. Und Ahmed al-Shurfa gab zu Protokoll, dass er als Erstes psychologische Hilfe brauche.

HOLGER STARK